R 3 Rechenschaftsbericht MdBs

Antragsteller*in:	Luise Amtsberg, Ingrid Nestle, Konstantin von Notz (Bündnis 90/Die Grünen SH)
Tagesordnungspunkt:	2. Rechenschaftsberichte

Selbstvorstellung

siehe pdf

LUISE INGRID KONSTANTIN

RECHENSCHAFTSBERICHTE

2019/2020

LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE,

während der ersten Tage und Wochen im Lockdown haben mein Büro und ich unsere Kraft in die Kampagne #leavenoonebehind gesteckt. Die Kampagne fordert zur Solidarität mit allen Menschen auf, die besonders hart von Corona betroffen sind. Da die katastrophalen Zustände im EU-Hotspot Moria im Medienfokus standen, war es mein Ziel, auf die weiteren Lager für Geflüchtete auf den griechischen Inseln aufmerksam zu machen und anderen die Möglichkeit zu geben, NGOs, die vor Ort aktiv sind, zu unterstützen. Das hat gut funktioniert, es sind etliche Spenden zusammen gekommen und die Initiativen vor Ort fühlten sich wahrgenommen.

Die vielen Instagram- und Facebookstories, die Instalive-Diskussionen, die Videostreams von Diskussionen, die Podcasts und Webschulungen, die in der Zeit des Lockdowns entstanden sind und die auch weiterhin entstehen, zeigen deutlich, dass wir die immensen Möglichkeiten, die die Digitalisierung zur politischen Teilhabe bietet, gezwungenermaßen seit Corona besser nutzen.
Das sollten wir bewahren.

Im Folgenden möchte ich euch einen kleinen Einblick in meine Arbeit der letzten Monate geben.

Moria in Trümmern
Die Brände in Moria waren eine Katastrophe mit Ansage! Monatelang haben wir Druck auf die Bundesregierung ausgeübt, um dafür zu sorgen, die Menschen in der EU zu verteilen. Diese hat aber wieder einmal gezögert und sich hinter der Untätigkeit anderer EU-Mitgliedstaaten versteckt. Im Januar hatten wir einen Antrag zur Aufnahme von 5000 besonders Schutzbedürftigen von den griechischen Inseln gestellt und im September haben wir durch ein Autor*innenpapier, einen Brief an Innenminister Seehofer und einen erneuten Antrag unsere Forderungen bekräftigt

https://bit.ly/3lKD5H5
https://bit.ly/3iRQ6wY

Die Koalition hat unseren Antrag wiederum abgelehnt und auf die Notwendigkeit einer europäischen Lösung verwiesen. Wir brauchen aber eine europäische Lösung UND eine schnelle Aufnahme von Schutzbedürftigen. Auf beides warten wir seit Langem und werden weiter dafür kämpfen, dass es sich endlich in die richtige Richtung bewegt.
Denn der Entwurf zur Reform des gemeinsamen europäischen Asylsystems, der Ende September von der Europäischen Kommission veröffentlicht wurde, wird die Probleme nicht lösen, sondern neue schaffen: Lange Verweildauern in den sogenannten Hotspots an den Außengrenzen werden die Regel sein und durch dort stattfindende Vorprüfungen, die alleine das Herkunftsland als Grundlage für eine Entscheidung heranzieht, wird das individuelle Recht auf Asyl ausgehöhlt.

Situation an der europäischen Grenze
Gewalt gegenüber Schutzsuchenden durch Beamt*innen an den europäischen Außengrenzen wird immer öfter dokumentiert:
Seit Anfang März werden fliehende Menschen von der Türkei nicht mehr an der Ausreise nach Griechenland gehindert, weil die Türkei einseitig die EU-Türkei-Vereinbarung gekündigt hat. Die griechischen Behörden begegnen diesen Menschen an der Grenze mit aller Härte - mit Wurfgeschossen, Tränengas und Blendgranaten. Das ist europarechts- und völkerrechtswidrig, weil schutzsuchende Menschen nicht zurückgedrängt werden dürfen und ein Recht auf Asyl haben. Doch anstatt angemessen auf diese Rechtsverstöße zu reagieren, findet die Bundesregierung wieder einmal nicht die richtigen Antworten. Deshalb habe ich direkt im März einen Antrag zur Aufnahme besonders Schutzbedürftiger aus dem Mittelmeerraum und zur Stärkung kommunaler Aufnahme in den Bundestag eingebracht

https://bit.ly/3iVgExl

Pushbacks sind eine Form dieser illegalen Gewalt an Außengrenzen, die inzwischen gut dokumentiert ist - beispielsweise an der griechischen oder maltesischen Grenze. Im Rahmen der Regierungsbefragung in der letzten Sitzungswoche vor den Sommerferien habe ich die Bundeskanzlerin auf die Vorfälle an den EU Außengrenzen angesprochen. Gerade angesichts der deutschen Ratspräsidentschaft erwarten wir von der Bundesregierung, dass sie hier eine klare Sprache spricht und derlei Rechtsbrüche rügt, was sie jedoch leider nicht tut.

https://bit.ly/33Tlt63

Familiennachzug
Auch beim Familiennachzug hat die Corona-Pandemie bestehende Systemmängel und ihre Auswirkungen deutlich verschärft. Dies geht aus der Antwort des Auswärtigen Amts auf meine schriftliche Frage hervor. Oft mühsam beschaffte Einreisevisa, die wegen der coronabedingten Einreisesperren abliefen, werden nicht unbürokratisch verlängert. Stattdessen müssen sich Betroffene innerhalb eines Monats um eine „Neuvisierung“ kümmern. Ich erwarte von der Bundesregierung, dass sie die Coronakrise dazu nutzt, grundlegende und längst bekannte Mängel beim Familiennachzug endlich zu beheben.

Im Oktober fand außerdem unsere Fraktionsveranstaltung „We are family“ zum Familiennachzug statt, bei der wir gemeinsam mit unseren fachkundigen Gästen von Beratungsorganisationen und Ministerien nach Lösungsmöglichkeiten im Sinne des Kindeswohl suchten.

https://bit.ly/2SR45by
https://bit.ly/3lDpbqk

Kleine Anfrage Dublin-Überstellungen
Als einziger Mitgliedstaat hat Deutschland entgegen der eindeutigen Empfehlung der Europäischen Kommission die Überstellungsfristen während der Corona-Pandemie “eingefroren”, damit die Zuständigkeit für die Asylverfahren nach sechs Monaten nicht auf Deutschland übergeht. Über 20.000 Menschen, deren Überstellung zeitweise ausgesetzt wurde und die seit dem 15. Juni wieder in andere EU-Mitgliedstaaten abgeschoben werden können, befinden sich jetzt noch länger in Unsicherheit. Die Antwort der

Bundesregierung auf meine kleine Anfrage zu Dublin-Überstellungen in Zeiten von Corona könnt ihr hier nachlesen.

https://bit.ly/3nJW5HA

Systemversagen im Umgang mit Geflüchteten und Migrant*innen

Leider bleibt das Bundesinnenministerium auch in Zeiten der Corona-Pandemie seiner Linie treu. Während grenzüberschreitende Bewegungen kaum möglich sind, Einreisebeschränkungen eingeführt und Grenzen aus Infektionsschutzgründen kontrolliert werden, möchte das Bundesinnenministerium weiterhin Menschen so schnell wie möglich abschieben. Während in ganz Deutschland strenge Kontaktbeschränkungen gelten, müssen Menschen in Erstaufnahmeeinrichtungen weiter auf engstem Raum zusammenleben. Während der Familiennachzug von Schutzberechtigten und binationalen Familien zum Erliegen gekommen ist, wurden tausende Saisonarbeiter*innen unter grober Missachtung des Infektionsschutzes eingeflogen, um die Spargelernte zu retten. Beim Infektionsschutz, beim Schutz von Menschenleben darf es aber keine Doppelstandards geben. Die Maxime des politischen Handelns in einer globalen Pandemie sollte Solidarität und Humanität sein. Die fordere ich gemeinsam mit meiner Kollegin Filiz Polat in unserem gemeinsamen Autor*innenpapier

https://bit.ly/373y7Bg

Vertrauensanwälte in Asylverfahren

Am 12. März begann in der Türkei der Prozess gegen den Vertrauensanwalt der deutschen Botschaft Yilmaz S., der wegen Spionage angeklagt wurde. Die deutsche Bundesregierung hatte ihn eingesetzt, um Angaben türkischer Asylbewerber zu überprüfen. Dabei hat sie das Risiko dieses Einsatzes offenbar völlig unterschätzt und damit den Yilmaz S. und mindestens 113 Asylsuchende in Gefahr gebracht, deren Daten jetzt in den Händen des Verfolgerstaates Türkei sind. Ich fordere ein Ende des unverhältnismäßigen Misstrauens gegenüber Angaben von Asylsuchenden.
Im Februar hat die Bundesregierung meine kleine Anfrage beantwortet. Aus dieser Antwort und aus der Sitzung des Innenausschusses zum Einsatz von Vertrauensanwälten geht hervor, dass möglicherweise auch noch sehr viel mehr Daten als bisher vermutet in die Hände der türkischen Behörden gelangt sind.

https://bit.ly/3nMmK6Q

Seenotrettung

Das Thema Seenotrettung hat auch mich im letzten Jahr wieder in vielfacher Hinsicht beschäftigt:
Die von mir gegründete Parlamentsgruppe Seenotrettung tauscht sich weiterhin regelmäßig mit Vertreter*innen von NGOs aus. Sie machten deutlich, dass das Malta-Abkommen von Innenminister Seehofer in der Praxis nicht zu mehr Verlässlichkeit bei der Koordination eines Sicheren Hafens geführt hat. Neben Vertreter*innen des Auswärtigen Amtes und des Innenministeriums hatten wir außerdem das Verkehrsministerium (BMVI) zu Gast. Das mittlerweile eine (leider ungute) Rolle spielt beim Thema Seenotrettung. Es hat jüngst eine Änderung der Schiffsicherheitsverordnung erlassen, die der zivilen Seenotrettung die Arbeit erschwert, wenn nicht gar unmöglich macht. Das geht auch aus einem schriftlichen Bericht hervor, den unsere Fraktion beim Ministerium angefordert hat.

Wahlkreis

Im Mai begannen dann langsam wieder physische Termine.
Vorsichtig und mit gebotenem Abstand und im besten Falle an der frischen Luft.
In meinen Gesprächen im Wahlkreis war die Coronapandemie und ihre Folgen natürlich Gesprächsthema Nummer Eins. Ob Clubbetreiber*innen, Getränkehersteller*innen, NGOs, Spitzen- und Breitensport, Soloselbständige, Einzelhandel oder Reisebranche. Es zeigte sich, dass das Konjunkturpaket der Bundesregierung große Schwächen hat. Mein Eindruck, dass sich die Bundesregierung in ihren Gesetzgebungsverfahren zu selten Expert*innen und Betroffene anhört, verfestigt sich erneut.

Ich habe die Zeit außerdem genutzt, um mir den Landesaktionsplan gegen Rechtextremismus vorstellen zu lassen und um mich mit der Kieler Polizei bezüglich der Diskussion um Racial Profiling und der von uns geforderten Studie zu Rechtsextremismus bei der Polizei auszutauschen.
Im Bundestag haben wir ebenfalls eine Bundespolizeibeauftragtenstelle gefordert, eine Stelle, die das Land Schleswig-Holstein bereits eingerichtet hat. Die Erfahrungen der Kieler Polizei sind hierzu positiv. Bei der Fragestunde mit dem Bundesinnenministerium im September konnte ich unsere Forderung nach dieser Stelle auf Bundesebene erneut zum Ausdruck bringen. Warum sich das Innenministerium außerdem weigert, eine unabhängige, wissenschaftliche Studie zu Rechtsextremismus in Auftrag zu geben, ist mir schleierhaft. Wir brauchen Fakten um mit dem Thema umzugehen und könnten alle Polizist*innen, die mit beiden Beinen auf dem Boden des Grundgesetzes stehen vor undifferenzierten Anschuldigungen schützen.

https://bit.ly/3lCLywb

Wie ihr lest, standen für mich die letzten Monate unter dem Motto #leavenoonebehind - Lassen wir niemanden zurück! Obwohl wir Grünen als Mahner*innen der Klimakrise ständig auf eine Katastrophe hinweisen, traf uns die Coronapandemie trotzdem erstaunlich unerwartet. Viele von uns haben zum ersten Mal gespürt, was es bedeutet, ihrer Freiheit beschnitten zu sein, wie lähmend Ungewissheit sein kann und wie zerbrechlich unsere Lebensweise, unser Wohlstand tatsächlich ist. Und die letzten Monate haben gezeigt, dass wir nur gemeinsam und solidarisch einen Weg aus der Krise finden werden.

Infos zu weiteren Themen, Initiativen und Veranstaltungen von mir findet ihr auf Facebook, Instagram und natürlich auf meiner Webseite
www.luise-amtsberg.de.

Für alle Rückfragen, Anregungen oder Kritik meldet Euch sehr gerne bei mir oder meinem Team!

Luise

Seawatch 4: Das ehemalige Forschungsschiff Poseidon wurde Anfang des Jahres in Kiel umgetauft. Die Seawatch 4 rettet nun im Mittelmeer Menschen aus Seenot

INGRID

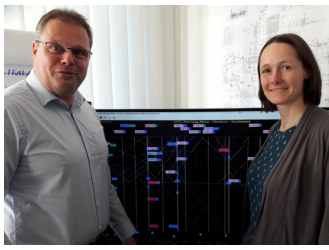
LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE,

um die Klimakrise zu bekämpfen brauchen wir mütige Entscheidungen, aber auch Kompetenz und Sorgfalt im Detail. Das bewusste Zufügen von Blockaden oder Weglassen von wichtigen Akteuren kann augenscheinlich große Errungenschaften zu Nichte machen. Wir sehen mit Sorge, wie immer mehr Chancen für Klimaschutz verpasst oder sogar aktiv Verschlechterungen beschlossen werden. Denn viele entscheidende Gesetze im Bereich Klimaschutz werden noch in dieser Legislaturperiode beschlossen. Hier heißt es: Finger in die Wunden legen und klimaschädliches Verhalten anprangern.

Seit dem enttäuschenden Klimaschutzprogramm vom letzten Herbst versucht die Bundesregierung ihre ambitionslose Energiepolitik mit der Veröffentlichung ihrer nationalen Wasserstoffstrategie zu kaschieren. Doch woher der grüne Strom für die großen Wasserstoffträume herkommen soll, bleibt völlig unklar. Wasserstoff ohne einen schnellen Ausbau von Wind- und Sonnenstrom ist eben kein Beitrag zum Klimaschutz. Auch im Bereich Nutzung trifft die Bundesregierung weiterhin keine Entscheidungen – und lässt somit die Industrie bei der Umstellung auf grüne Produktion im Regen stehen. Auch die europäische Wasserstoffstrategie lässt hier wichtige Lücken, wie die Analyse von Michael Bloss und mir aufzeigt. Dass es anders geht, zeigt unsere Grüne Wasserstoffstrategie. Wir sprechen uns klar für die Produktion und Nutzung von grünem Wasserstoff aus. Flankiert wird unsere Strategie mit einer klaren priorisierten Nutzung in den Bereichen der Industrie, im Schwertransport und für die Energiesicherheit. Wasserstoff ist ein wichtiges Element, um den Wirtschaftsstandort Deutschland langfristig zu sichern und konkurrenzfähig zu machen. Eine Verschwendung dieses kostbaren Energieträgers im Verkehrssektor lehnen wir ab. Mehr dazu findet ihr im gemeinsamen Autor*innenpapier von mir und Dieter Janecek

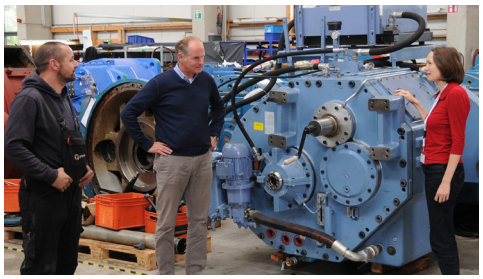
Der Teufel liegt meist im Detail. Ob die Energiewende gelingen wird, hängt auch an Regelungen zu pauschalen Mindestabständen für Windenergie oder der Bürgerbeteiligung bei Netzausbauprojekten. Meine kleinen Anfragen zeigen leider, dass die Bundesregierung weiterhin das Problem der Ökostromlücke unterschätzt. Während mehrere verlässliche Studien aufzeigen, dass der Strombedarf unter anderem durch Sektorenkopplung und die Digitalisierung weiter ansteigen wird, klammert sich die Bundesregierung an die Vorstellung, dass ihre unzureichenden Programme für mehr Energieeffizienz das Ruder rumreißen werden. Dabei schafft sie es nicht einmal den bereits vorhandenen Strom optimal zu nutzen. Für mich

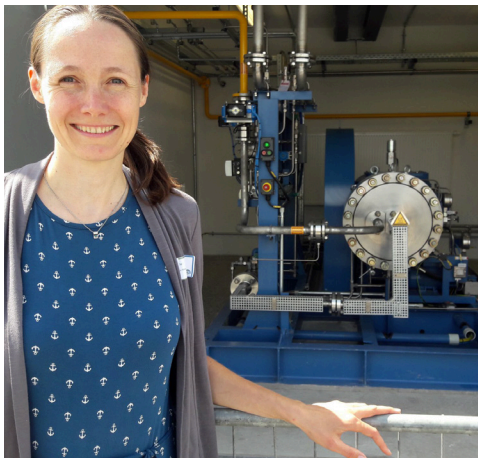
steht fest, dass wir den Ausbau der Erneuerbaren Energien deutlich stärker vorantreiben müssen. Unabhängig davon, wie hoch der zukünftige Strombedarf ausfallen wird, er sollte auf jeden Fall zu 100% grün sein.



Eine klimaneutrale Energieversorgung der Zukunft kommt nicht ohne einen deutlichen Ausbau der Offshore-Windenergie aus. Wir Grüne haben uns hier für einen Zuwachs auf 35 GW bis 2035 ausgesprochen. Deshalb habe ich mich in unserem Antrag zur Förderung der Offshore-Windenergie auch dafür ausgesprochen, bei naturverträglicher Planung die Ausbaugeschwindigkeit deutlich zu erhöhen. Dafür brauchen wir unbedingt die richtigen Rahmenbedingungen, um den Ausbau verlässlich und kostengünstig zu realisieren. Die beste Option bietet hier die Etablierung von Differenzbeträgen, wie sie bereits in vielen anderen EU-Staaten eingesetzt und von verschiedenen Wissenschaftlern gefordert werden. Auch die energieintensive Wirtschaft hat sich mit uns gegen die Bundesregierung gestellt, da sie genügend Ökostrom für die Umstellung auf grüne Produktion benötigt.

Nicht nur der Energiesektor, sondern vor allem auch der Verkehrssektor ist im Bereich Klimaschutz gefragt. Hier haben wir auch in Schleswig-Holstein noch viel Luft nach oben. Im Bahnsektor weisen wir weiterhin die geringste Elektrifizierungsquote in Deutschland auf. Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs im Hamburger Rand basiert weiterhin auf Plänen aus den 80er Jahren und die Bundesregierung feiert sich, weil die Marschbahn doch noch ins angeblich beschleunigte Verfahren aufgenommen wurde. Ob das tatsächlich schneller geht, steht allerdings noch in den Sternen. Ich hätte es vielmehr begrüßt, wenn endlich überhaupt ein Planungsverfahren für den Ausbau der Marschbahn beginnen würde - beschleunigt oder normal. Die Zeit den Verkehrssektor nach klimarelevanten Vorgaben auszurichten ist überfällig.





Wir müssen alles daran setzen die Pariser Klimaziele zu erreichen. Jedoch ist schon viel Zeit ungenutzt verstrichen und Weichen wurden falsch gestellt. Deshalb kann dieses Ziel nur noch mit einer breiten Unterstützung der Gesellschaft erreicht werden. Nicht nur deshalb habe ich mich sehr gefreut, dass beim Ideenwettbewerb für ein grünes Elmshorn viele wertvolle Vorschläge eingereicht wurden und die Lokalpolitik sich so offen für neue Ideen gezeigt hat.. Lasst uns dies nutzen und gemeinsam eine lebenswerte Zukunft gestalten.

Eure Ingrid

EINE KLEINE AUSWAHL MEINER INITIATIVEN:

GASTBEITRAG: DIE OFFSHORE-WINDENERGIE MUSS DER MOTOR EINER KLIMANEUTRALEN INDUSTRIE WERDEN

Zur Anhörung im Wirtschaftsausschuss anlässlich des Windenergie-auf-See-Gesetzes appellierten Heribert Hauck, Leiter des Ressort Energiewirtschaft bei Trimet Aluminium, und ich gemeinsam an die Bundesregierung sich für Differenzverträge einzusetzen. WEITER LESEN: HTTPS://GRUENLINK.DE/1UUJ

KLEINE ANFRAGE: STROMBEDARFSPROGNOSEN DER BUNDESREGIERUNG WEITERHIN ILLUSORISCH

Mehrere Studien bestätigen: Die Prognose für den deutschen Strombedarf geht eindeutig nach oben. Doch die Bundesregierung rechnet sich lieber ihre eigenen Berechnungen schön und geht weiterhin von einem gleichbleiben Strombedarf aus, wie meine kleine Anfrage zeigt. WEITER LESEN: HTTPS://GRUENLINK.DE/1UUK

PODCAST: WASSERSTOFF: EXPLOSIVES GAS ALS ENERGIETRÄGER DER ZUKUNFT?

Welche Chancen bietet der Einsatz von Wasserstoff? Welche Möglichkeiten der Erzeugung haben wir national? Ab wann müssen wir importieren? Diesen und weiteren Fragen zum Thema Wasserstoff habe ich mich ausführlich im Podcast gestellt. WEITER LESEN: HTTPS://GRUENLINK.DE/1UUL

MEINUNGSBEITRAG: EIN DECKMÄNTELCHEN FÜR FOSSILE STRUKTUREN

Wasserstoff ist der Hoffnungsträger, wenn es um klimaneutrale Energieträger geht. Doch ohne ausreichend Erneuerbaren Strom droht diese Hoffnung zu einem klimapolitischen Fiasko zu werden. Warum wir auf grünen Wasserstoff und einen verstärkten Ausbau der Erneuerbaren Energien setzen müssen, schriebe ich im Beitrag für das Enorm Magazin.
WEITER LESEN: HTTPS://GRUENLINK.DE/1UUM

GASTBEITRAG-EIN-DECKMAENTELCHEN-FUER-FOSSILE-STRUKTUREN/

Schriftliche Frage: Nutzen statt abregeln

Insbesondere in Schleswig-Holstein haben wir viel Windenergie zu bieten. Leider wird unser Potenzial hier noch nicht zu 100% genutzt. Gleichzeitig schafft die Bundesregierung keinen attraktiven Anreize diesen Strom zu nutzen, wie meine schriftliche Frage zeigt. HTTPS://GRUENLINK.DE/1UUK

SCHRIFTLICHE-FRAGE-SEPTEMBER-NUTZEN-STATT-ABREGELN/

Abgeordnetenwort: Grünes Licht für die Mobilitätswende

Es reicht nicht nur unsere bisherige Fortbewegungsmittel klimaneutral umzuwandeln. Wir müssen unsere Mobilität insgesamt transformieren. Deshalb ist es wichtig, dass wir auch auf Bundesebene hier anders investieren und die Weichen auf Klimaschutz stellen. HTTPS://GRUENLINK.DE/1UUN

FACHGESPRÄCH: STROMVERTEILNETZ 2.0 - E-MOBILITÄT & FLEXIBLE TARIFE

Welche Herausforderungen stellt eine Umstellung auf E-Mobilität für unser Strom-Verteilnetz dar? Hierzu diskutierte ich mit Expert*innen von Agora Verkehrswende, Mitnetzstrom, der Volkswagenmarke Elli und dem BNE. Das Gespräch könnt ihr auch hier noch einmal ansehen. HTTPS://GRUENLINK.DE/1UUO

KONSTANTIN

LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE,

ich kann kaum glauben, dass schon wieder ein Jahr vergangen ist. Die letzten Monate waren natürlich stark durch die Diskussionen um die die Corona-Pandemie geprägt. Abläufe und Ereignisse, politisch wie privat, wurden durcheinander gewirbelt und was selbstverständlich schien, stand plötzlich in Frage.

Viele Dinge, die mir besonders am Herzen liegen, waren in diesem Jahr kaum möglich: Besucherfahrten mussten gestrichen werden, Praktikant*innen wurden aus dem Homeoffice betreut und viele Veranstaltungen und Begegnungen mussten ins Digitale verlegt werden.

Oft ist es jedoch der persönliche Kontakt zu Euch, den Wählerinnen und Wählern, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und nicht zuletzt den Kolleginnen und Kollegen, der das politische Alltagsgeschäft so spannend macht. Diese Kontakte fehlen mir und ich hoffe, dass wir bald alle wieder die Möglichkeit zum persönlichen Austausch bekommen.

Die Verlagerung des Arbeitens ins Digitale hat aber auch Vorteile mit sich gebracht, so habe ich beispielsweise im Juli per Videokonferenz an einer Veranstaltung des Münchner Arbeitskreises Antifaschismus teilnehmen können. Persönlich hätte das mein Zeitplan vermutlich nicht zugelassen. So haben wir gemeinsam das Beste aus dieser vielfach nicht einfachen, einschneidenden Zeit gemacht und ich hoffe, dass wir sie bald überstanden haben und vielleicht sogar gestärkt aus ihr rausgehen.

Auch die Berliner Politik war natürlich stark durch die aktuelle Entwicklungen geprägt. Ich will versuchen, Euch durch eine kleine Auswahl einen Eindruck meiner Arbeit zu geben. Die Corona Pandemie war zweifellos das alles beherrschende Thema in diesem Jahr. Für mich gab es in zwei besondere Schwerpunkte, die Frage des rechtsstaatlichen Umgangs und die Bedeutung des Parlaments mit und in dieser besonderen Situation und die Entwicklung der Corona-App.

Über Monate habe ich mich mit zentralen rechtsstaatlichen Fragestellungen rund um die Pandemie befasst. Was bedeutet es, wenn Sitzungen auf Kommunal-, Kreis-, Landes- oder Bundesebene aufgrund des Infektionsschutzes nicht stattfinden können? Unsere Demokratie muss sich in der Krise bewähren. Dazu gehört auch, dass das Parlament arbeits- und handlungsfähig bleibt. Das haben wir geschafft. Auch wenn eine Bundesregierung viele Entscheidungen zur Krisenbewältigung vorbereitet und entschieden handeln muss, kommt dem Deutschen Bundestag eine entscheidende Rolle zu, so sieht es unser Grundgesetz vor. Auch in Krisenzeiten braucht es parlamentarische, öffentliche Debatten und Austausch, Entscheidungen des Parlaments, Transparenz und eine kontinuierliche parlamentarische Kontrolle von Regierungshandeln und Sicherheitsbehörden. Dafür habe ich mich in den letzten Monaten gemeinsam mit meinen Fraktionskollegen stark gemacht.

https://gruenlink.de/1uu8

Bei der Corona-App, die im Falle eines positives Testes die Verfolgung von Kontakten und damit den Infektionsweg einer Person ermöglichen sollte, geht es uns neben der Praktikabilität der App besonders um den Schutz der personenbezogenen Daten. Wir haben uns daher schon sehr früh für einen datensparsamen, dezentralen Ansatz und eine begleitende gesetzliche Regelung stark gemacht. Als Gesetzgeber sind wir gefordert, das Nutzungsrisiko nicht auf die Bürgerinnen und Bürger abzuwälzen, sondern selbst die Voraussetzungen für eine freiwillige, sichere und grundrechtsverträgliche Lösung in einem eigenen Gesetz vorzugeben. Denn nur so kann das nötige Vertrauen und eine breite Akzeptanz der Nutzerinnen und Nutzer erworben werden, dies ist dringend notwendig, um die für ein tatsächliches Nutzen der App erforderliche Anzahl von Menschen dazu zu bewegen, die Anwendung auf ihren privaten Smartphones zu installieren. Gerae mussten wir eine sehr durchwachsene 100-Tage-Bilanz ziehen und setzen uns derzeit für die dringend benötigte Weiterentwicklung der App ein.

https://gruenlink.de/1uu9

Rechtsextreme versuchen derzeit aus der Corona-Krise Kapital zu schlagen. Rassistischer, antisemitischer, antiziganistischer, muslimfeindlicher, völkischer, sexistischer, homo- und transfeindlicher Propaganda und Agitation muss auch und gerade jetzt mit aller Entschlossenheit rechtsstaatlich begegnet werden. Rechte Netzwerke reichen dabei bis in unsere Sicherheitsbehörden. Der Mord an Walter Lübcke, die Terrortat von Hanau und der Anschlag auf die Synagogen in Halle und Hamburg haben gezeigt: Rechtsterrorismus und faschistische Ideologien bleiben *die* Bedrohung für Freiheit und Sicherheit.

https://gruenlink.de/1uua

Die Anhänger unterschiedlicher Verschwörungsideologien verbreiten gezielt Falschinformationen vor allem mittels sozialer Medien. Parallel finden seit Ende März in zahlreichen Städten Deutschlands Demonstrationen statt, die sich gegen die Maßnahmen zur Beschränkung der Ausbreitung der Pandemie wenden. Neben Bürgerinnen und Bürgern, die die Maßnahmen der Bundesregierung kritisieren und ihre Bürgerrechte in Gefahr sehen, versammelt sich eine Art Querfront, primär bestehend aus Verschwörungsideologinnen und Verschwörungsideologen, Populisten und Populistinnen, radikalen Impfgegnerinnen und Impfgegnern sowie Personen aus dem extrem rechten politischen Spektrum.

Das Demonstrationsrecht ist ein hohes, rechtsstaatliches Gut. Hierauf weise ich immer wieder hin. Gleichzeitig müssen wir entschlossen gegen diejenigen vorgehen, die unsere Demokratie beseitigen wollen. Die Sicherheitsbehörden müssen Erkenntnisse über diejenigen sammeln, die diese Verschwörungsideologien gezielt verbreiten und nutzen, um unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung offen infrage zu stellen. Wir haben die Bundesregierung wiederholt auf die Problematik aufmerksam gemacht. Obwohl sie sich damit dringend befassen muss, tut sie bisher leider nicht.

https://gruenlink.de/1uub

Seit fast zwei Jahren bin ich nun Mitglied im Untersuchungsausschuss des Bundestages zum dschihadistischen Terroranschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz. Bis heute kommen in regelmäßigen Abständen neue Informationen und Erkenntnisse zum Vorschein, die deutlich machen, wie groß die Defizite im Vorfeld der Tat waren und wie wichtig es ist, diese abzustellen, um Sicherheit zu erhöhen. Ganz aktuell

haben wir mit dem ehemaligen Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) denjenigen vernommen, der unmittelbar nach dem schlimmsten islamistischen Anschlag in der Bundesrepublik auffällig laut geschwiegen hatte. Denn während er vor dem Anschlag in der Öffentlichkeit mit dem Anspruch aufgetretenen war, dass islamistische Top-Gefährder 24/7 vom Verfassungsschutz überwacht werden würden, drückte er sich nach dem 19.12.2016 vor jeder Verantwortung.

Im Parlamentarischen Kontrollgremium (PKGr), dessen stellvertretender Vorsitzender ich bin, befasse ich mich sehr intensiv mit der Kontrolle der Geheimdienste. Mehrere höchstrichterliche Urteile der letzten Jahre, die auch wir als Grüne Bundestagsfraktion mit erstritten haben, haben gezeigt, wie wichtig es ist, dass sich die Dienste einer guten parlamentarischen Kontrolle stellen. Dies erhöht auch die Rechtssicherheit und Legitimität der eigenen Arbeit. Derzeit arbeiten wir an einer umfassenden Reform der parlamentarischen Kontrolle, wie das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber aufgetragen hat.

Ein digitalpolitisches Thema, was mir besonders am Herzen liegt und bei dem sich alle Expertinnen und Experten ausnahmsweise einig sind, ist das Thema Open Data. Ob nun Wissenschaft, Forschung, Zivilgesellschaft, Regierung oder Opposition – alle sagen: Offene Daten haben einen ganz erheblichen Mehrwert für die Erhöhung von Transparenz, für die Ermöglichung von Beteiligung und für die verstärkte Legitimation politischer Entscheidungen, aber eben auch für die Wissenschaft und Forschung, für E-Government-Angebote, innovative Anwendungen und Apps und den immer wichtiger werdenden Datenjournalismus. Daher müssen wir endlich vorankommen und nicht personenbeziehbare Daten nutzbar machen. Im Bundestag haben wir einen Antrag für ein „Bundestransparenz-Gesetz“ vorgelegt.

https://gruenlink.de/1uuc

Als Beauftragter für Religion und Weltanschauung der grünen Bundestagsfraktion befasste ich mich dieses Jahr u.a. mit der „Ablösung der Staatskirchenleistungen“. Seit 1803 zahlt der Staat den Kirchen Entschädigungszahlungen für erlittene Rechtsverluste und Vermögenseinbußen durch Säkularisationsprozesse. Es ist nun an der Zeit, eine rechtssichere Ablösung durch die Länder zu gewährleisten. Von dem Gesetz explizit nicht betroffen sind Zahlungen, die der Staat Religionsgemeinschaften zu bestimmten gemeinnützigen Zwecken gewährt. Dies betrifft etwa Krankenhäuser, Sozialeinrichtungen, Kindergärten, Schulen, sonstigen Bildungseinrichtungen, Kirchentage und Stipendienwerke. Auch die Staatsleistungen an den Zentralrat der Juden und die Jüdischen Gemeinden sind nicht betroffen.

https://gruenlink.de/1uud

Meine politische Arbeit im Land und im Wahlkreis war im letzten Jahr pandemiebedingt besonders eingeschränkt. Ab März wurden Veranstaltungen gestrichen, Betriebsbesuche mussten ausfallen und Bürgersprechstunden und verschiedene Runden mit den KVn wurden online abgehalten.

Ein großes Thema war, auch während der Pandemie, die Verkehrspolitik im südlichen Schleswig-Holstein. Keine neue Autobahn oder Umgehungsstraße brächte einen ähnlichen Mehrwert für die Region wie ein zukunftsfähig ausgebautes Regionalbahnnetz im Hamburger Umland. Gerade in der wachsenden Metropolregion eine gute Bahn- und Busanbindung essentiell für die weitere Entwicklung der Städte und Gemeinden. Hier bleibe ich am Ball und freue mich, dass es beispielsweise bei der S4 vorangeht.

Als Dauerthema hat uns auch die Feste Fehmarnbelt-Querung im letzten Jahr stark beschäftigt. Mit zahlreichen Diskussionen und Vor-Ort-Terminen mit anderen Bundes- und Europaabgeordneten sowie beispielsweise den „Beltrettern“ und Umweltverbänden wie dem NABU machen wir seit Jahren auf die Unverhältnismäßigkeit des Projekts und die ökologisch wie ökonomisch extrem fragwürdigen Planungen aufmerksam. Das werden wir auch weiterhin tun und warten gespannt auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts am 3. November 2020. Erst im Juli 2020 haben wir das Vorhaben zuletzt im Plenum des Bundestags diskutiert und unsere Kritik am Vorgehen der GroKo noch einmal vorgetragen.

https://gruenlink.de/1uuf
https://gruenlink.de/1uue

Als drittes Verkehrs-Großprojekt habe ich mich gemeinsam mit den Kreisgrünen mit dem geplanten Ausbau des Elbe-Lübeck-Kanals befasst. Wir haben wiederholt unsere grundsätzlichen Bedenken gegen den völlig überdimensionierten Ausbau geäußert. Diese hatte das Bundesverkehrsministerium mir gegenüber bereits vor einigen Monaten in einem Schreiben bestätigt. Auf eine schriftliche Antwort hatte ich gedrungen, nachdem das Ministerium sich nicht im Stand sah, einen Vertreter zu einem Vor-Ort-Termin zu entsenden. Die bereits mir gegenüber geäußerte Position hat das Ministerium nun auch offiziell bestätigt. Noch sind die Pläne allerdings nicht endgültig vom Tisch. Die bisherige Fehlplanung der extrem teuren und umweltschädlichen Verbreiterung und Vertiefung des Kanals muss gestoppt werden.

Wie ihr seht: Es wird nicht langweilig! Ich hoffe, dass wir uns in naher Zukunft wieder persönlich treffen, austauschen und gemeinsam für eine gute grüne Politik streiten können!

Bis dahin bleibe ich gerne in regem digitalen Austausch mit Euch!
Herzlich Eure Konstantin

Zahlreiche weiterführende Informationen findet Ihr auch auf von-notz.de und gruen-digital.de